

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 40 (1964-1965)
Heft: 11

Artikel: Die Brüsseler Krise und wir
Autor: Roth, Daniel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1074435>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Brüsseler Krise und wir

Von Daniel Roth

Stürmisch schien in den letzten acht Jahren ein Traum seiner Erfüllung entgegenzueilen: der Traum der europäischen Einigung. Zwar haben nur 6 von den 27 Staaten, die heute – Andorra und ähnliche nicht eingerechnet – Europa ausmachen, 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegründet. Und sie umfassen nur einen Viertel von den über 700 Millionen, welche unseren Erdteil bevölkern. Aber die Idee war, daß sich hier ein Kern zusammenschließe, dem sich die übrigen allmählich angliedern würden. Zumindest würde endlich ein Gegengewicht gegen den Ostblock in Europa selber entstehen. West-Europa könnte seine Freiheit wieder von sich aus behaupten, diese wäre nicht mehr allein von der Macht und dem Willen der USA abhängig. Zugleich würde die zerstörerische Erbfeindschaft zwischen Frankreich und Deutschland endgültig überwunden.

Nachdem die Europäische Verteidigungsgemeinschaft gescheitert war, wollte man die Einigung vom Wirtschaftlichen her versuchen. Und auf diesem ihrem Urgebiet übertraf bisher der Erfolg der EWG alle Erwartungen. Schon sind die Zölle im EWG-Raum um mehr als die Hälfte gefallen, bis 1970 durfte man ihr völliges Verschwinden erwarten. Sieben andere Staaten, worunter die Schweiz, fühlten sich dazu gedrängt, eine lockere Beteiligung an der EWG zu suchen, und schritten vorläufig unter sich zu einem ähnlichen Zollabbau in der Europäischen Freihandelszone (EFTA). Der größte von ihnen, Großbritannien, bewarb sich dann sogar vergeblich um die volle EWG-Mitgliedschaft, und alle anderen EFTA-Mitglieder glaubten, mindestens um eine Assoziation nachsuchen zu müssen. Andere Staaten sind eine enge vertragliche Bindung mit der EWG eingegangen oder möchten dies tun. Österreich will dazu sogar die EFTA verlassen. Zugleich ist wirtschaftlich Westeuropa erstarkt und gegenüber den USA im ganzen genommen wieder etwas unabhängiger geworden.

Für die Schweiz zeigten sich vorerst weniger Nachteile als erwartet. Zwar machen jetzt Frankfurt, Düsseldorf und Paris mit Erfolg Zürich den seit dem Krieg behaupteten Rang als bedeutendsten Börsenplatz des europäischen Festlandes streitig (was auch in die Muñoz-Affäre hineinspielt). Aber dies bedeutet bloß eine teilweise Rückkehr zu gesunder Normalität und wurde auch durch die Konjunkturbeschlüsse gefördert. Vermutlich spielt bei

der Tieflage unserer Aktienkurse Angst vor der EWG mit, aber das kann sich korrigieren. Viel geklagt wird über die Verlagerung der Handelsströme, indem unser Außenhandel mit den EFTA-Staaten viel mehr zunehmen beginnt als mit dem EWG-Raum. Ist es aber nicht ein Vorteil, als Gegengewicht gegen die Abhängigkeit von unseren großen Nachbarn?

Dennoch begannen in letzter Zeit manche Schweizer wieder zu schwanken. Hatten nicht jene doch recht, die meinten, wir würden den Zug des ansteigenden Lebensstandards, ja der geistig aufgeschlossenen modernen Welt und der menschlichen Solidarität verpassen, wenn wir uns nicht endlich dieser erfolgreichen EWG anschließen? Der Schweizer Spiegel hat immer vor dieser Argumentation gewarnt. Gerade wenn der wirtschaftliche Aufschwung der EWG auch für die Zukunft wirklich gesichert wäre, müßten wir die Charakterstärke haben, uns fernzuhalten. Wichtiger als ein größtmögliches Teilhaben am wirtschaftlichen Aufschwung und an den neuesten geistigen Modeströmungen ist, daß wir uns selber bleiben, mit unserer Art zu leben, unserer Auffassung der Freiheit, unserem demokratischen Stil. Das könnten wir in der EWG nicht.

Der Riss in der EWG

In der Nacht auf den 1. Juli ist die Weiterentwicklung der EWG plötzlich zum Stillstand gekommen. Die Franzosen wollten keine Übertragung der mit der Agrarfinanzierung verbundenen bedeutenden Finanz-Kompetenzen an die Brüsseler EWG-Kommission zugestehen. Sie konnten sich auf das Fehlen dieser Bedingung in einem früheren formellen Beschluß berufen. Vor allem die Holländer und die Deutschen wollten umgekehrt unter Berufung auf den Geist der Römer Verträge, daß zugleich die Hallstein-Kommission und das Straßburger Europa-Parlament einen Schritt auf dem Weg zu einer parlamentarischen «Überregierung» der EWG tun dürften.

Damit wäre zum ersten Mal EWG-Präsident Hallstein mit seiner Kommission und seinen über 2000 Beamten in einem wichtigen Punkt den Regierungschefs der Mitgliedstaaten effektiv übergeordnet worden. Bei einer Befragung, die der Schweizer Spiegel 1964 veranstaltet hat, gab ein Arbeiter die Antwort: «Könnten sie sich de Gaulle als europäischen Bundesrat vorstellen?» – als Befehlsempfänger noch weniger!

De Gaulles Selbstherrlichkeit und Rücksichtslosigkeit

keit – die sich jüngst wieder bei der Einweihung des Mont Blanc Tunnels in seinem Affront gegen die Genfer gezeigt hat – sind uns Schweizern tief zuwider. Wenn wir dagegen seine Ablehnung des Beitritts Englands zur EWG eher begrüßt haben, so als Gegenspieler, indem damit der Rückhalt zunächst gerettet wurde, den wir durch eine eigenständige Politik dieses uns in der Staatsauffassung näher stehenden Landes genießen. In unseren Augen ist der uns willkommene angelsächsische Einfluß damit im ganzen nicht vermindert, sondern im Gegenteil in seiner sinnvollsten Funktion als Schutz der Mannigfaltigkeit Europas und seiner freiheitsbewußten Glieder sogar gestärkt worden. Der Schaden von de Gaulles Atompolitik und seines Sonderzügleins in der Nato scheint dagegen vorderhand nicht durch solche ungewollte Nebenfolgen aufgewogen.

Europa der Vaterländer oder westeuropäischer Bismarck

Indes haben wir Schweizer allen Anlaß zu fragen, ob de Gaulle mit seiner Opposition gegen eine EWG-Überregierung umgekehrt nicht sogar recht hat. Seine Gegenspieler treten dafür ein, jetzt mit dem Bau eines demokratischen westeuropäischen Bundesstaates zu beginnen. Der französische Staatschef erklärt, diese Konstruktion würde nicht funktionieren. Schon innerhalb der französischen Nation hat de Gaulle die Schwäche eines demokratischen Systems miterlebt, in dem keine gemeinsame Überzeugung mehr vorhanden war, die der Politik Stabilität und eine gewisse Richtung gegeben hätte. In Italien steht es kaum besser, in der deutschen Bundesrepublik ist die Demokratie keineswegs gefestigt, und sogar Belgien ist von einer Staatskrise nicht gefeit. Um wieviel schwieriger wäre es für eine demokratische Bundesbehörde, sich in sechs unter sich ganz verschiedenen Staaten durchzusetzen, von denen vier nicht einmal ihre Probleme demokratisch meistern!

In entscheidenden Augenblicken würden Weisungen europäischer Bundesbehörden einerseits, wo die Dinge nicht in Ordnung sind, das Chaos nur vermehren, andererseits von jeder starken nationalen Regierung – nicht nur von de Gaulle – dort, wo sie deren vitale Interessen berühren, mißachtet werden.

Vor fünf Jahren sagte mir sogar der Europäer Adenauer, ein EWG-Bundesstaat sei noch in sehr weiter Ferne. Daß der von ihm sehr geschätzte

Professor Hallstein Regierungskompetenzen beanspruche, bestätige, daß er zu organisationsgläubig und kein guter Psychologe sei! Ein Jahr später hat mir Ludwig Erhard, der jetzige Kanzler, erklärt, die deutsche Regierung müsse sich auch gegenüber Brüssel ihre Manövrierefreiheit erhalten. Zumindest unbewußt bestehen solche Vorbehalte in Bonn sicher weiter. Andererseits könnten die Deutschen einer starken EWG-Kommission gleichsam die strammsten Unteroffiziere liefern und auf diese Weise mit der Zeit wieder Westeuropa weitgehend dominieren.

Sowohl gegenüber chaotischen Verhältnissen als gegenüber starken nationalen Regierungen könnte eine EWG-Überregierung sich nur durchsetzen, wenn sie ihrerseits von einem Diktator geleitet würde. Das zeigte sich bei allen staatlichen Zusammenschlüssen der Weltgeschichte, wenn diese nicht auf einer umfassenden gemeinsamen politischen Überzeugung und jahrhundertealten Schicksalsgemeinschaft beruhten. Ein Vergleich des heutigen Westeuropa mit der Schweiz von 1815 bis 1848, wie ihn sogar der intelligente Zürcher Professor Dietrich Schindler der Jüngere vor vier Jahren anstellte, ist abwegig. Schon im Zürichkrieg hatte die Eidgenossenschaft ein Vielfaches an Gemeinsamkeit.

Ein westeuropäischer Bismarck, komme er aus welcher Nation immer – das wäre die einzige realistische Alternative zum Europa der Vaterländer. Seien wir froh, daß Frankreichs Chef sie offenbar verschmäht. Ruft man ständig weiter nach supranationaler Macht, so wird indes ein anderer die Chance ergreifen. Wie kann der holländische Außenminister Luns – oder ähnlich unser hochbegabter Professor Bindschedler – anscheinend diese Gefahren übersehen und glauben, man könnte eine echt demokratische EWG-Überregierung als Gegengewicht gegen französische und deutsche autoritäre Tendenzen schaffen?

Renaissance der Nation

Größtmögliche Unabhängigkeit innerhalb der geographischen Grenzen ist für eigenständige Entwicklung – damit auch für die Bewahrung freiheitlicher Lebensformen – noch immer ein viel besserer Schutz als alle rechtlichen Sicherungen gegen Willkür einer Oberbehörde, die sich auf Massen ohne ähnliche Tradition stützen kann. Und den Völkern, seien sie liberal oder kollektivistisch, liegt mehr an solcher

Eigenständigkeit, als man im Rausch des Nachkriegs-internationalismus geglaubt hatte.

Mögen es in unseren Augen keine «echten» Nationen sein, die in aller Welt ihre Volkswirtschaften nationalisieren, Bürgerkriege austragen, Grenzstreitigkeiten und wahre Völkerkriege veranstalten – auch die europäischen Nationen mußten erst einmal aus verschiedenartigen Stämmen entstehen. In Osteuropa vermag das Nationalgefühl heute sogar die Einheit der fanatischen kommunistischen Scheinreligion zu durchbrechen. Und ausgerechnet in dem von 1920 bis 1940 so international gesinnten französischen Volk hat der Nationalismus wieder Terrain gewonnen.

Man kann dieser Entwicklung nicht begegnen, indem man «einen neuen europäischen Menschen» schafft, wie Professor Hallstein zur Begründung des Projekts einer EWG-Universität einmal meinte – abgesehen davon, daß Menschen, die sich so in der Retorte ummodellieren ließen, keine standfesten Demokraten wären. Die Nation hat nicht, wie im Jahrbuch 1964 der Neuen Helvetischen Gesellschaft der vortreffliche Berner Professor Hans Huber meinte, «als Ansammlung staatsbildender Kräfte ausgedient», so wenig wie 1940 gemäß seiner damaligen Feststellung «dem Rechtsstaat vollends der Garau gemacht worden» ist. Vielmehr könnte sich ein Europa der Vaterländer am ehesten ausdehnen, sogar als Sprengkraft im Ostblock wirken: neue Mitglieder müßten sich keinem fertigen System unterwerfen, die alten wären stärker geschützt gegen Einflüsse neu hinzukommender Völker. Allerdings würden auch in einem Europa à la de Gaulle die Kleinen, die sich beteiligen, von den Großen beherrscht.

Der Kleinraum mit dem Grossraum

In der Schweiz haben die gewöhnlichen Staatsbürger in solchen Fragen erfreulicherweise meist ein klares Urteil. Das hat auch unsere bereits erwähnte Befragung bestätigt. Ob sie für eine wesentlich stärkere Beteiligung der Schweiz an europäischen Zusammenschlüssen seien, haben 78 Prozent ohne Einschränkung verneint. Und ob sie die Bildung einer Art Vereinigten Staaten von Europa für möglich hielten, haben 55 Prozent mit einem glatten Nein, weitere 35 Prozent mit «in absehbarer Zeit nicht» beantwortet.

Ob sich Europa je für einen staatlichen Zusammenschluß eignen wird, der auch nur in dem Maß

wie die USA unseren schweizerischen Freiheitsvorstellungen entspräche, ist sehr fraglich. Heute ist es dazu auf keinen Fall reif. Ob eine solche Vereinigung überhaupt noch wünschbar ist? Sie würde jedenfalls die Macht einer weltweiten Friedensorganisation zunächst eher schwächen. Und noch heute ist in grösserem Maßstab die Vorstellung des heiligen Augustinus viel fruchtbarer, der Frieden und Freiheit auf einem Weltreich von zweihundert rechtsgleichen Kommunen gründen wollte. Dies entspräche auch der Auffassung des großen Schweizer Historikers Karl Meyer, wonach das kleinräumige schweizerische Freiheitsstreben sich nur behaupten konnte, indem es sich mit den Mächten des Großraumes gegen jene des mittelgroßen Raumes verband.

1945 erklärte er, ebenso sei unsere Freiheit heute wie zugleich auch der Frieden der Welt nicht durch unsere Beteiligung an regionalen Gebilden, sondern allein durch die Kraft einer für die Freiheit der Nation ungefährlichen Weltorganisation unter starker Führung der USA zu retten. Das bleibt wahr. Unser Volk spürt es oft noch besser als manche führende Geister.

Verfehlt ist daher, daß der Schweizer Bürger bisher über die heute weitaus bedeutsamsten Landesfragen nicht abstimmen konnte: das zulässige Maß der vertraglichen Integration unseres Landes in Europa einerseits, der Anwesenheit von Fremdarbeitern in der Schweiz andererseits. Dabei sind durch unseren Beitritt zur Kleinen Freihandelszone (EFTA) und durch unser Assoziationsgesuch bei der EWG in Brüssel sowie durch die zwei Italiener-Abkommen von 1948 und 1964 schon drei bedeutsame Weichenstellungen erfolgt. Und durch Dutzende, ja Hunderte anderer internationaler Vereinbarungen und Abkömmeli wird die Entscheidungsfreiheit unseres Landes auf fast allen Gebieten immer mehr eingengt.

Leider haben die Rechtswissenschaftler fast einstimmig den Volkswillen uminterpretiert, der in dem Verfassungsartikel zum Ausdruck kommt, wonach Staatsverträge von über 15jähriger Dauer der Volksabstimmung unterliegen. Sobald eine Kündigungsklausel im Vertrag sei – so erklären sie – gelte diese Bestimmung nicht.

Wenn das Volk in diesen Grundfragen mitentscheiden könnte, fänden übrigens die Politiker für unseren Sonderweg auf die Dauer sichereren Rückhalt. Und – was dringend ist – viele Mitbürger würden sich wieder mehr mit unserem Staat befassen.